

Politik & Wirtschaft

Zentralschweizerin, Frau, Sicherheitspolitikerin

Mitte-Kandidatin Andrea Gmür hätte einige Pluspunkte im Bundesratsrennen. Aber auch ein grosses Handicap: Sie ist als Fraktionschefin der Mitte gescheitert.

Cyrill Pinto

Es war, als würde sie sich vor laufender Kamera um das Amt als Bundesrätin bewerben.

Das VBS müsse unbedingt bei der Mitte-Partei bleiben, sagte Andrea Gmür kürzlich im «Sonn-Talk» auf TeleZüri. Sie sei jetzt seit fünf Jahren in der Sicherheitspolitischen Kommission, seit einem Jahr als Präsidentin. «Ich arbeite gern mit den Leuten im VBS zusammen», sagte sie. Und fügte hinzu: Der neuen Führung müsse bewusst sein, dass das VBS das wichtigste aller sieben Departemente sei. Gmür sagte nicht: «Ich will» – und liess doch wenig Zweifel offen.

Am Freitag und Samstag trifft sich die Mitte-Partei zu einer Fraktionsklausur in Thun. Offiziell steht dann das Thema Bundesfinanzen im Zentrum. Doch Gmür könnte die Gelegenheit nutzen, um ihren Rückhalt in der Fraktion zu testen, bevor sie sich definitiv entscheidet.

Weil Gmür 2021 nach nur rund einem Jahr als Fraktionspräsidentin den Bettel hinschmiss, zweifeln manche parteiintern an ihrer Eignung für das Amt in der Landesregierung. Damals argumentierte Gmür mit der Doppelbelastung und dass sie dadurch ihren «eigenen Ansprüchen an die Erfüllung meines Ständeratsmandats nicht mehr in genügendem Masse gerecht werden kann». Fraktionskollegen berichteten damals, es sei ihr «gelegentlich schmerzlich, den Überblick über all die vielen Ratsgeschäfte zu behalten». Hinter vorgehaltener Hand hiess es, sie sei mit dem Amt überfordert gewesen.

Zuletzt trug sie in der Öffentlichkeit eine Auseinandersetzung mit Parteipräsident Gerhard Pfister aus. Mit Blick auf einen Arbeitskonflikt im Generalsekretariat der Mitte und Pfisters möglicher Kandidatur für den Bundesrat forderte sie die Klärung der Vorwürfe. «Sonst geht das nicht mit Herrn Pfister auf dem Ticket», sagte Gmür. Gerhard Pfister nahm sich daraufhin aus dem Rennen.

Gut vernetzte Politikerin mit viel Routine

Andreas Gmürs Rückhalt in den eigenen Reihen dürfte daher beschränkt sein. Aber falls sie neben Markus Ritter die einzige Kandidatin für das Bundesratsamt wäre, bliebe der Fraktion wohl keine andere Option, als sie aufs Ticket zu setzen. Denn der Bundesversammlung nur einen Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen, ist riskant.

Gmür stammt aus einer Polit- und Kirchengeschichte. Ihr Vater Jakob Schönenberger vertrat den Kanton St. Gallen und die CVP zwölf Jahre lang im Ständerat, bis 1991. Ihr Schwager ist der Basler Bischof Felix Gmür. Andrea Gmür, verheiratet mit dem Luzerner Juristen und Versicherungsmanager Philipp Gmür, trat in ihrer neuen Heimat Luzern der damaligen CVP bei. Gmürs politische Laufbahn begann 2007 mit der Wahl in den Luzerner



Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger: Ob sie als Nachfolgerin von Viola Amherd kandidiert, entscheidet sich demnächst. Foto: Matthias Spicher («20 Minuten»)

Kantonsrat. Die ausgebildete Anglistin und Romanistin arbeitete als Gymnasiallehrerin. Später engagierte sie sich an ihrem Wohnort Luzern in der Bildungs- und der Verkehrspolitik, ab 2014 als Präsidentin der damaligen CVP Stadt Luzern. 2022 setzte sie sich dagegen ein, dass der Verweis auf Gott aus der Luzerner Kantonsverfassung gestrichen wird.

2015 gelang der Mutter von vier erwachsenen Kindern der Sprung in den Nationalrat, 2019 folgte die Wahl in den Ständerat. Mitten in der Pandemie setzte Gmür sich in einer Kampfwahl ums Fraktionspräsidium gegen Nationalrat Leo Müller durch. Als

«Ich halte Frau Gmür für eine überaus kompetente und geeignete Kandidatin.»

Daniel Jositsch
SP-Ständerat

Chefin aller nationalen Mitte-Parlamentarier war sie im Machtzentrum des Schweizer Polit-systems angekommen.

Doch nach 14 Monaten gab sie das Amt wieder ab. Sie sei aus freien Stücken zurückgetreten, sagt Gmür heute. Doch ihr Rückzug hallt bis heute nach.

Es ist nicht das erste Mal, dass Gmür als Bundesratskandidatin im Gespräch ist: Nach dem Rücktritt von Doris Leuthard 2018 überlegte sie sich eine Kandidatur, entschied sich jedoch dagegen. «Die Chance, Bundesrätin zu werden, erhält man wohl nur einmal im Leben», sagte sie damals. Nun, rund sieben Jahre später, könnte es wieder so weit sein.

Tatsächlich passt sie mit ihrem Profil als Sicherheitspolitikerin in das frei werdende Verteidigungsdepartement (VBS). Mit neun Jahren Erfahrung im Bundeshaus bringt sie viel politische Routine mit. Dazu kommt ihre Herkunft: Als Frau aus der Zentralschweiz erfüllt sie zwei Kriterien, die für die kommende Wahl von Bedeutung sein könnten. Die Region sehnt sich seit dem Rücktritt von Kaspar Villiger 2003 nach einer Vertretung in der Regierung.

Sicherheitspolitiker loben Gmürs Arbeit

Lob gibt es von Kollegen, die mit ihr direkt in der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) des Ständerats zusammenarbeiten. Der Grüne Mathias Zoppi hat dort als Vizepräsident mit ihr zu tun. Er sagt: «Ich schätze sie für ihre kollegiale Art. Sie ist eine Politikerin mit Anstand und Prinzipien. Die Sicherheitspolitik ist ihr sehr wichtig.»

SP-Ständerat Daniel Jositsch kennt Gmür ebenfalls von seiner Arbeit in der Kommission. Auch er sagt: «Ich halte Frau Gmür für eine überaus kompetente und geeignete Kandidatin.» Sie sei eine versierte Sicherheitspolitikerin und im Bundeshaus gut vernetzt. Jositsch traut ihr das Amt zu.

Auch von bürgerlicher Seite gibt es Lob für Gmürs Dossierfestigkeit in der Sicherheitspolitik. FDP-Nationalrat und Sicherheitspolitiker Heinz Theiler sagt: «Gmür ist mit den Strukturen und Schwierigkeiten des VBS vertraut und in Armeefragen kompetent.»

Aus Gmürs Umfeld heisst es, sie habe aus den Niederlagen der vergangenen Jahre gelernt und sei gefestigter. Es gibt aber auch kritische Stimmen, besonders aus der Romandie. Für sie wäre ein Zweiterticket mit Bauernpräsident Ritter und Andrea Gmür eine schlechte Wahl, weil sie auf einen Vertreter aus der Romandie pochen. Von ihnen wird immer öfter der Name des Walliser Regierungsrats und ehemaligen CVP-Präsidenten Christophe Darbellay genannt. Er hat früh erklärt, dass er sich eine Kandidatur überlege.

Dasselbe gilt für den Nationalrat und früheren Berner Sicherheitsdirektor Reto Nause. Beide haben sich aber noch nicht offiziell ins Rennen gebracht. Zuletzt meldete zudem der Bündner Regierungsrat Marcus Caduff sein Interesse an: Er ziehe eine Kandidatur «ernsthaft in Erwägung», sagte er.

Bis am Montag haben die Kandidatinnen und Kandidaten nun Zeit, sich bei der Findungskommission der Mitte zu melden. Sie werden dann von der achtköpfigen Kommission unter der Leitung von Parteipräsident Gerhard Pfister und Fraktionschef Philipp Matthias Bregy durchleuchtet.

Offiziell von der Fraktion aufgestellt werden die Kandidaten am 22. Februar, am 12. März folgt die Wahl in der Bundesversammlung.

Brandanschlag soll aufgearbeitet werden

Chur In der Nacht vom 2. Juli 1989 brennt ein Feuer eine Asylunterkunft in der Alexanderstrasse in Chur nieder. Das ganze Haus steht in Flammen, von den 15 Personen im Haus versuchen sich einige mit einem gefährlichen Sprung aus dem Fenster vor den Flammen zu retten. Die Flucht über den Eingangsbereich ist unmöglich, dort ist der Brandherd. Vier Menschen aus Sri Lanka wurden getötet, darunter die zwei Brüder Balamurali und Balamugunthan Kandiah, beide noch Buben, neun und zehn Jahre alt. Sie ersticken im Rauch. Eine umfassende Recherche des «Magazins» deckte kürzlich auf: Bei dem Brand vor 35 Jahren handelte es sich um einen Anschlag von Rechtsextremisten. Die Strafverfolgungsbehörden unterliessen es, mit seriöser Polizeiarbeit nach den Mördern im rechtsradikalen Milieu zu fahnden.

Zweiter Anlauf für die Gedenktafel

«Die Straftat an sich ist verjährt, aber Chur sollte als Stadt, als multikulturelle Gesellschaft und als politische Behörde historische Verantwortung übernehmen», sagt Gemeinderat Kiran Trost von der SP. Er hat in der Churer Gemeinderatsdebatte von gestern einen Vorstoss eingereicht, der eine Gedenktafel sowie eine historische Einbettung des Anschlags verlangt. «In den 90er-Jahren erlebte der Rechtsextremismus in der Schweiz einen Aufschwung. Allein in Graubünden gab es vier Brandanschläge. Diese Geschichte soll die Stadt aufarbeiten lassen», sagt Trost. Er wolle wissen, welche Stimmung herrschte, was die Behörden damals getan hätten und was man rückblickend hätte anders angehen müssen. Trost ist selber dunkelhäutig und war zur Zeit des Anschlags ein Kind.

Bereits im März 2024 versuchte ein Churer SP-Gemeinderat eine Gedenktafel für die Opfer des Brandanschlags durchzusetzen. Die Stadtregierung lehnte sein Anliegen mit dem Argument ab, eine Gedenktafel für einen Einzelfall könne andere Wünsche nach Gedenktafeln nach sich ziehen. Sie wollte keinen Präzedenzfall schaffen.

Sabrina Bundi

Neuanmeldungen wegen Long Covid

Invalidenversicherung Knapp zwei Prozent aller Neuanmeldungen bei der Invalidenversicherung (IV) erfolgen wegen Long Covid. Das zeigt eine Studie im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherungen. Gemäss dieser meldeten sich ungefähr 2900 an Long Covid erkrankte Menschen bei der IV an. Sie hatten schwere Symptome und waren oft zu 100 Prozent krankgeschrieben. Viele an Long Covid Erkrankte haben Symptome wie Fatigue oder Belastungsintoleranz. 60 Prozent weisen neurokognitive Störungen wie Konzentrations- oder Merkfähigkeitsstörungen auf. Zwei Drittel der Betroffenen sind Frauen. Bei rund 60 Prozent der Angemeldeten verbesserte sich die Arbeitsfähigkeit innerhalb der ersten zwei Jahre nach der Anmeldung bei der IV leicht. Ein erheblicher Teil der Erkrankten blieb aber vollständig arbeitsunfähig. (SDA)